

Hans Berkessel, Wolfgang Beutel (Hrsg.)

# JAHRBUCH DEMOKRATIE- PÄDAGOGIK 3

DEMOKRATIEPÄDAGOGIK  
UND RECHTSEXTREMISMUS

2015/16



WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG

Hans Berkessel, Wolfgang Beutel (Hrsg.)

# **Jahrbuch Demokratiepädagogik 3**

Demokratiepädagogik und  
Rechtsextremismus

Hans Berkessel, Wolfgang Beutel (Hrsg.)

# Jahrbuch Demokratiepädagogik 3

Demokratiepädagogik und  
Rechtsextremismus

Mit Beiträgen von: Yilmaz Atmaca, Wolfgang Benz, Hans Berkessel, Wolfgang Beutel, Joachim Bicheler, Marina Chernivsky, Ekin Deligöz, Stefan Dierbach, Tina Dürr, Peter Fauser, Arila Feurich, Ines Fögen, Mario Förster, Susanne Frank, Werner Friedrichs, Jasmine Gebhardt, Stefan Glaser, Markus Gloe, Christa Goetsch, Benno Hafenegger, Michael Hammerbacher, Birger Hartnuß, Christa Kaletsch, Ulrike Kahn, Wassilis Kassis, Dirk Lange, Anh Ngo, Juliane Niklas, Janine Patz, Helmolt Rademacher, Stefan Rech, Fritz Reheis, Volker Reinhardt, Gernod Röken, Roland Roth, Sonja Rumberger, Michael Rump-Räuber, Franziska Schmidtke, Christiane Schneider, Karin Schreibeis, Peter Steinbach, Sonja Student, Sven Tetzlaff, Michaela Weiß



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)**

© by WOCHENSCHAU Verlag,  
Schwalbach/Ts. 2015

*Die Reihe „Jahrbuch für Demokratiepädagogik“ wird herausgegeben von: Hans Berkessel, Wolfgang Beutel, Monika Buhl, Kurt Edler, Markus Gloe, Hannelore Faulstich-Wieland, Susanne Frank, Andreas Klee, Helmolt Rademacher, Fritz Reheis, Volker Reinhardt, Hermann Veith und Werner Wintersteiner*

*Wissenschaftlicher Beirat: Wolfgang Edelstein, Peter Fauser, Hans-Peter Füssel, Gerhard Himmelmann, Jan Hoßmann, Dirk Lange*

In dieser Publikation wurden Daten verwendet, die aus dem mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen C-814213 DH geförderten Vorhaben kommen. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

FREUDENBERG  
STIFTUNG



STIFTUNG  
MERCATOR

Die Publikation wurde gefördert aus Mitteln der Stiftung Mercator, der Freudenberg-Stiftung, des BMBF und der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelfoto: Demokratisch Handeln e.V.

Gedruckt auf chlorfreiem Papier  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
ISBN 978-3-89974999-1

# Inhalt

*Wolfgang Beutel/Hans Berkessel*

Demokratiepädagogik und Rechtsextremismus – eine Einführung ..... 9

## **I. Schwerpunkt: Demokratiepädagogik und Rechtsextremismus**

*Benno Hafeneeger/Tina Dürr*

Rechte Jugendkultur – eine neue Erlebniswelt ..... 27

*Roland Roth*

„Demokratie? Nein Danke!“ Herausforderungen für eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus ..... 37

*Christa Kaletsch*

Rassistische Diskurse in der Mitte der Gesellschaft als pädagogische Herausforderung ..... 48

*Stefan Dierbach*

Jenseits von Motiv und Ziel? – Das Risiko einer Infantilisierung politischer Subjektivität im Diskurs über rechte Gewalt ..... 60

*Markus Gloe*

Rechte Musik – Szenekitt und Lockmittel ..... 72

*Marina Chernivsky*

Vielfalt – Quo Vadis? Anti-Bias-Perspektive auf den Umgang mit Vielfalt und Diversität ..... 81

## **II. Forum**

*Janine Patz*

Demokratie braucht Schule. Eine Provokation ..... 97

*Juliane Niklas*

Alle anders – alle gleich. Plädoyer für einen kritischen Umgang mit dem Kulturbegriff in internationalen Jugendbegegnungen ..... 104

*Peter Steinbach*

Gedenkstätten in Baden-Württemberg: Einladung zur kritischen Selbstreflexion ..... 113

*Gernod Röken*

Demokratiepädagogik, demokratisch-partizipative Schulentwicklung und  
Schulaufsicht – ein Spannungsfeld? ..... 121

*Susanne Frank*

Teilhabe von Eltern in der Schule. Die Bedeutung der Teilhabe von  
Eltern in der Schule ..... 134

*Werner Friedrichs/Dirk Lange*

Demokratie, Demokratiepädagogik und Politikdidaktik ..... 142

### **III. Praxis**

*Stefan Glaser/Christiane Schneider unter Mitarbeit von Sonja Rumberger*

Viraler Hass – Wie Neonazis Jugendliche im Internet ködern ..... 153

*Wolfgang Benz/Volker Reinhardt*

Gegen rechte Stammtischparolen argumentieren lernen ..... 160

*Sven Tetzlaff*

Erinnerung an den Ersten Weltkrieg –  
Chance für die historisch-politische Bildung ..... 170

*Karin Schreiberis*

Der Titel ist nur der Anfang. „Schule ohne Rassismus –  
Schule mit Courage“. Ein Mosaikstein im Bild der Demokratie..... 175

*Ines Fögen/Anh Ngo*

Schule in der post-kolonialen Migrationsgesellschaft. Von der Notwendigkeit  
rassismuskritischer Reflexion schulischen Handelns ..... 182

*Mario Förster/Wassilis Kassis*

Rassismus als Thema in der Hochschulausbildung –  
Wassilis Kassis im Gespräch ..... 192

*Wolfgang Beutel*

Demokratiepädagogik in der Praxis – Projekte demokratischen Handelns ..... 197

### **IV. Länder und Regionen**

*Sonja Rumberger*

Das Präventionsprojekt „Studenttage REX“ – ein Beispiel  
erfolgreicher Präventionsarbeit in Rheinland-Pfalz.....213

<i>Michael Hammerbacher/Ulrike Kahn/Michael Rump-Räuber</i>	
Demokratiepädagogik in der Allgemeinbildung und der Beruflichen Bildung der Bildungsregion Berlin-Brandenburg .....	219
<i>Helmolt Rademacher</i>	
Das beratungsNetzwerk hessen - Beratung und Intervention gegen Rechtsextremismus .....	225
<i>Mario Förster/Franziska Schmidtke</i>	
Forschung bündeln und Demokratie vermitteln - Das KOMREX der FSU Jena .....	229
<i>Sonja Student/Jasmine Gebhard</i>	
Bildung für Kinderrechte und Demokratie - vom Modell zum Standard.....	235
<i>Birger Hartnuß</i>	
Das „jugendforum rlp“. Ein landesweites Beteiligungsprojekt geht in die Verstetigung.....	240
<b>V. Zivilgesellschaft, Dokumentation und Rezensionen</b>	
<i>Wolfgang Beutel</i>	
Der vierte „Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren 2011“ geht an die Initiative „HEROES“ .....	247
<i>Yilmaz Atmaca</i>	
HEROES - gegen Unterdrückung im Namen der Ehre.....	248
<i>Ekin Deligöz</i>	
Einmischen, denn Demokratie ist nie perfekt.....	250
<i>Christa Goetsch</i>	
„Die war nicht so!“ - Laudatio auf ein Hamburger Schulprojekt .....	255
<i>Peter Fauser</i>	
Wer ist Deutscher? Einbürgerung mit Doppelpass! Ein Projekt der Gesamtschule Ost in Bremen .....	257
<i>Peter Fauser</i>	
„Anlässlich der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Jena am 14. März 2014“.....	261

Hans Berkessel: Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus. Rezension zu: Bundschuh u.a. (Hrsg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus .....	265
Hans Berkessel: Wie gehen Lehrerinnen und Lehrer der Politik mit rechtsextremen Einstellungen von Jugendlichen um? Rezension zu: Behrens: Solange die sich im Klassenzimmer anständig benehmen.....	267
Helmolt Rademacher: Hilfe zum Ausstieg vor dem Einstieg. Rezension zu: Becker/Palloks (Hrsg.): Jugend an der roten Linie.....	269
Fritz Reheis: Erfahrungsorientierter Politikunterricht – Ein Friedensangebot? Rezension zu: Scherb: Erfahrungsorientierter Politikunterricht in Theorie und Praxis.....	271
Hans Berkessel: Erste Gesamtschau der politischen und wissenschaftlichen Debatte zum bürgerschaftlichen Engagement. Rezension zu: Olk, Hartnuß (Hrsg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement .....	274
Ariela Feurich: Bürgergesellschaft und Schulentwicklung – ein notwendiges Zusammenspiel? Rezension zu: Hartnuß u.a. (Hrsg.): Schule der Bürgergesellschaft.....	277
Hans Berkessel: Kinderrechte – Grundlage der Demokratiepädagogik. Rezension zu: Edelstein u.a. (Hrsg.): Kinderrechte in die Schule.....	281
Michaela Weiß: Politische Bildung als Demokratiepädagogik? Rezension zu: Reheis: Politische Bildung.....	283
Joachim Bicheler: Demokratisches Erfahrungslernen im Wettbewerb und Förderprogramm. Rezension zu: Beutel, Fauser (Hrsg.): Demokratie erfahren.....	286
DeGeDe: Ausschreibung „Preis für demokratische Schulentwicklung“ .....	291
Autorinnen und Autoren .....	295



Wolfgang Beutel/Hans Berkessel

## Demokratiepädagogik und Rechtsextremismus – eine Einführung

I. Das „Jahrbuch Demokratiepädagogik Bd. 3 – 2015“ setzt den Diskurs zur Demokratiepädagogik in Schule und Jugendbildung im Angesicht anhaltender schwieriger Zeiten für die Entwicklung der Demokratie in der Politik und in der Bürgergesellschaft fort. Zwangsläufig stellt diese für die Demokratie herausfordernde Lage auch und gerade für das Lernen, Engagement und Handeln in den pädagogischen Institutionen und speziell der Schule besondere Anforderungen – demokratisches Lernen und Handeln in der und für die Demokratie ist und bleibt eine dauerhafte Querschnittsaufgabe. Wo aber liegen die gegenwärtigen Herausforderungen für Demokratie und Demokratiepädagogik?

Der Historiker Heinrich-August Winkler hat jüngst in der ZEIT für das Jahr 2014 von einem „Epochenjahr in der Geschichte“ (2014, S. 8) gesprochen. Gemeint ist damit die Ernüchterung der in den Jahren zuvor bis hin zum „Arabischen Frühling“ nahezu stetig größer werdenden Hoffnungen auf eine auch im globalen Maßstab sichtbare substanzielle Demokratisierung der Politik sowie der nationalen Gesellschaften und supranationalen Institutionen. Winkler gilt als der Protagonist der Narration des „Westens“ als ein historisch erworbenes gesellschaftliches Konstrukt der Moderne. Der Westen in diesem Sinne repräsentiert zugleich eine normative Orientierung und eine entsprechend zugrundeliegende Wertegemeinschaft mit den Elementen der Freiheit, der Menschenrechte, des Rechtsstaats, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität sowie einer grundlegenden Solidarität mit den schwachen Mitgliedern einer Gesellschaft. Das ist die normative Grundlegung einer Demokratie zumindest in der westlichen Moderne, gemeint hierbei vor allem als eine politisch geordnete repräsentative Demokratie.

Winkler hat hierzu in den letzten Jahren eine reiche historische Wissenschaftspublizistik gepflegt und ist überzeugt, dass wir gegenwärtig einen Umbruch erleben, der das Projekt der Demokratie vor eine besonders große Aufgabe stellt: „Die aggressive Haltung Russlands gegenüber der Ukraine ist aber nur eine der Herausforderungen, vor denen der Westen im Jahr 2014 steht. Der islamische Terror [...] ist eine noch viel radikalere Kampfansage an die westlichen Werte. [...] Seit den westlichen Demokratien die Herausforderung in Gestalt des Kommunismus abhanden gekommen ist, fehlt ihnen ein Ansporn, über die eigenen normativen Grundlagen, besonders über die Gefahren wachsender sozialer Ungleichheit, nachzudenken“ (a. a. O.).

Folgt man dieser Analyse, kommt man nicht gleich zu einem fundamentalen neuen Kalten Krieg, durchaus aber zu einer erneuten „Ost-West-Konfrontation“, deren westliche Seite für die entwicklungsfähige Demokratie steht, die ihre Werte behaupten und in die aktuelle Zeit transformieren können muss. Zugleich aber wird deutlich, dass eines der Haupthindernisse einer gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz demokratischer Politik gerade im „Westen“ darin liegt, dass die Demokratie die „Solidarität mit Schwächeren“ in den Jahren des ungezügelten Freisetzens monetärer und wirtschaftlicher Kräfte vernachlässigt hat. Kann Demokratie vor diesem Hintergrund ihre Werte wirklich behaupten? Ist angesichts der gegenwärtigen demokratietheoretischen Diskurse eine stabile demokratische Grundlegung der Gesellschaften in der Moderne garantiert?

Das darf füglich bezweifelt werden. Auch die durch eine erneute Konfrontation mit anderen politisch-kulturellen Praxen als Zentrum demokratischer Werte und entsprechender politischer Handlungsoptionen scheinbar gestärkte westliche Welt in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Kultur – alles Bereiche, die eben auch für die Demokratie einstehen und (das ist ja eine zwangsläufige Voraussetzung dafür) in denen sich eine gesellschaftlich und politisch funktionierende Demokratie sowie die zugehörige demokratische Kultur alltäglich zu realisieren anschicken – gerät über dieser Frage in Verunsicherung. Das lässt sich in der Politikwissenschaft derzeit genau besichtigen: Sowohl die „Postdemokratie“-Diskussion, die die Bewahrung demokratischer Verfahren und Institutionen bei deren gleichzeitiger Entpolitisierung thematisiert (Crouch 2008), als auch die Diskurse um die zivilgesellschaftlich fundierte Demokratie haben diesbezüglich eher Skepsis aufkommen lassen.

So steht in der politikwissenschaftlichen Diskussion zur zivilgesellschaftlichen Demokratie zwar vor allem der Wandel demokratischer Verfahren und der Neu- oder Zugewinn an Legitimation durch die Ergänzung direktdemokratischer Verfahren zur institutionalisierten repräsentativ funktionierenden Demokratie sowie durch vielfältige Formen breiter Partizipation im Mittelpunkt. Doch gibt es zugleich eine Fülle an kritischen Einwänden. In deren Zentrum steht in besonderer Weise die „Konjunktur rechtspopulistischer Parteien in vielen westeuropäischen Staaten“ (Jörke 2014, S. 12) sowie die Kritik an der Wohlstandsorientierung des Topos von der „Bürgergesellschaft“, die mit einem Wort des Parteienforschers Franz Walter „[...] bei der Reintegration der Herausgefallenen, Überflüssigen, Marginalisierten kaum helfen (wird)“ (2009, S. 113). Das hat aus seiner Sicht Gründe, die einerseits in der Mittelschichtorientierung der Mehrzahl der zivilgesellschaftlich Engagierten liegen, weshalb – so Walter weiter – „Partizipation und Selbstorganisation [...] keine geeigneten Instrumente zur Aktivierung und Einbeziehung des unteren gesellschaftlichen Fünftels (sind)“ (ebd.). Seine Schlussfolgerung lautet: „Bürgergesellschaftliche Partizipation verfestigt und steigert so noch die Elitenstruktur moderner Demokratien; sie konsolidiert und fördert dadurch noch

die Oligarchisierung des Willensbildungsprozesses“ (ebd.) und hinterlässt damit das doppelgesichtige Gefühl von Ernüchterung und Provokation.

Diese Skepsis wird auch von sachlich-deskriptiven Positionen der Politikwissenschaft mitgetragen, wenn etwa die empirische Politikforschung zum Ergebnis kommt, dass die „[...] momentan so lebhaft diskutierten unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung eher zu einer Entdemokratisierung“ (beitragen)“ (Jörke 2014, S. 12). Verstärkt wird diese Sicht der Dinge durch den unmittelbaren politischen Einfluss der in den letzten Dekaden sichtbar gewordenen sogenannten „Superreichen“, deren Entstehung und Interessenschärfung die ökonomische Ausdifferenzierung in den östlichen Oligarchien, vor allem aber auch in den nach wie vor leistungsfähigen Volkswirtschaften des Westens die politische Entwicklung der Demokratien beeinflussen und dabei deren legitimatorischen Gehalt als Volksherrschaften erheblich begrenzen können. Das gilt auch deshalb, weil der die jüngeren Veränderungen in der Demokratie prägende ungezügelter „[...] Kapitalismus automatisch inakzeptable und willkürliche Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip, auf dem unsere demokratischen Gesellschaften basieren, radikal infragestell(t)“, erzeugt (Piketty 2014, S. 14). Diese Zwischenbilanz aktueller Argumentationslinien zur Theorie und zur Entwicklungsprognose der Demokratie gibt zunächst wenig Anlass zur weiteren Hoffnung auf den befreienden Weg politischer Demokratie in der globalisierten Welt.

II. Die damit angesprochenen politischen Handlungslinien und die nur bedingt hoffnungsvollen Zukunftsaussichten, die sich für die Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform daraus ableiten lassen, sind zugleich Gründe für den zunehmenden Populismus in Parteien und „Bürgerbewegungen“ (zuletzt PEGIDA) und die damit verbundene vielfach diagnostizierte Entdemokratisierung in breiten Bevölkerungsschichten der westlichen Gesellschaften. Populistische Parteien wie die „Alternative für Deutschland“, die britische UKIP, die „Front National“ in Frankreich und andere von diesem Typus in Europa sind – partizipationstheoretisch gesprochen – in sich hochambivalente Gebilde. Sie repräsentieren alleine durch ihre Wählerschaft einen starken Strom eines durchaus letztlich auch politischen Willens in den Demokratien, zugleich stellen sie sich – ebenfalls sehr populistisch – als besondere Elemente einer partizipatorischen direkten Demokratie dar, ja einer Zivilgesellschaft, in der eben auch nicht jede Form der Partizipation schon alleine deshalb die demokratische Kultur stärkt, nur weil sie vorhanden ist. Roland Roth (2004) spricht diesbezüglich von einer „bad civil society“, die man nicht dadurch begrenzt, dass man den Ruf nach mehr Zivilgesellschaft möglichst häufig pflegt. Was gemeint ist, dürfte klar sein: Interessenkollisionen und Lobbyismus innerhalb weicher institutioneller Grenzen im bunten Feld der Zivilgesellschaft, die in der kritischen Politikwissenschaft diskutierte Gefahr unzureichender demokratischer Legitimation und politischer Kontrolle im Handeln und der politischen Beratung von insbesondere großen

wirtschaftsbasierten Stiftungen und anderen korporativen Akteuren sowie – besonders dramatisch – der populistische, bisweilen neonazistische Missbrauch der Idee direkter Demokratie führen in ein gefährliches Konglomerat von Interessen, die zunächst bürgergesellschaftlich fundiert und demokratisch gehaltvoll wirken, letztlich aber auch anti-demokratische Bestrebungen fördern und entsprechende politische Kräfte freisetzen können.

In ebenfalls diese Richtung weist die Ende 2014 vorgestellte neue Studie zu rechtsextremen Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick/Klein 2014). Die der Studie zugrundeliegende Repräsentativbefragung macht deutlich, dass in unserer Demokratie marktformiger Extremismus vorherrscht, der Kategorien wie „Wettbewerb“ und „Fortschritt“ höherwertiger zeichnet als etwa „Solidarität“ und „Gleichwertigkeit“. Zwar weist die Studie einen geringfügigen Rückgang harter rechtsextremer Einstellungen im Vergleich zu früheren Erhebungen nach. Gleichzeitig wächst in der Mitte der Gesellschaft der Druck von Ausgrenzung und Intoleranz: „Dass die Mitte fragil ist, bedeutet [...]: Sie ist dünnhäutig, zerbrechlich und weist eventuell Splitter in ihrem eigenen Selbstbild auf, wenn es um die Frage von Normen und demokratischen Werten geht. Die Splitter stammen dabei aus der Akzeptanz antidemokratischer und verfassungsfeindlicher Meinungen, die vielleicht nicht strafrechtlich relevant sind, aber andere Personen und Gruppen beschädigen“ (ebd., S. 17). Diese latente und zunehmende Durchsetzung der wirtschaftlichen und politischen Mitte in unserer Gesellschaft durch eine stärker werdende Akzeptanz rechter Positionen, Vorurteile und Ideologeme geht einher mit zunehmenden Zweifeln an Funktion und Leistung der Demokratie sowie einem anhaltenden Misstrauen gegenüber den politischen Eliten. Darüber hinaus belegen die Auswertungen der jüngsten Bielefelder Studie einen Zusammenhang zwischen der verstärkt in das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger eingreifenden Marktideologie und rechtsradikalen Einstellungen, denn „[...] in dieser ökonomisch menschenfeindlichen Verbindung von marktformigem Extremismus mit Rechtsextremismus im wettbewerbspopulistischen Milieu offenbart sich eine reale Gefahr für die Demokratie mit klaren Verbindungslinien in die Mitte unserer Gesellschaft“ (ebd. S. 118).

III. Nimmt man all diese Entwicklungen zusammen, dann zeigt sich gegenwärtig eine demokratiekritische Tendenz in der Politik und in den politischen Wissenschaften, vor allem aber in der Entwicklung von handlungsleitenden Motiven und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in der dynamisierten und wirtschaftsorientierten Gesellschaft westlicher Prägung. Eine der ganz großen Gefahren dabei: Rechtsextremismus wird vor diesem Hintergrund erneut – oder aber auch: anhaltend – zu einer nicht nur theoretischen, sondern realen Gefährdung demokratischer Verhältnisse. Dass der Zusammenhang von Demokratie und Abwehr rechtsextremer Einstellungen und Praktiken eine Grundlage von Anerkennung und Zugehörigkeit ist, hat sowohl aus historischen Gründen, die im

Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands liegen, als auch aus demokratietheoretischen Gründen seinerzeit das Bund-Länder-Modellprogramm „Demokratie lernen & leben“ geprägt und ist zudem ein feststehender Topos für die Diskussion um politische Bildung und demokratische Schulentwicklung: „Die Transformation und Komplexitätszunahme des politischen Systems, die Abstraktion und Bedrohlichkeit der gesellschaftlichen wie auch der lokalen Probleme erzeugen Erfahrungen der Hilflosigkeit, Abwehr und Entwertung. [...] Große und repräsentative Gruppen ziehen sich politisch indifferent oder verdrossen aus einem Spiel zurück, in das sie ihre Interessen nicht mehr einbezogen sehen. Dass hier ein direkter Zusammenhang zutage tritt zwischen wachsender Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus einerseits und Demokratiefeindlichkeit andererseits muss geradezu als zwingend erscheinen, weil im Rechtsextremismus die grundlegende Wechselseitigkeit sozialer und politischer Anerkennungsverhältnisse außer Kraft gesetzt ist, auf denen Demokratie beruht“ (Edelstein/Fausser 2001, S. 16).

Das damalige Programm und viele der beteiligten Modellschulen haben sich entsprechend mit der Frage der neuen Rechten und einer rechtsorientierten Jugendkultur auseinandergesetzt. Veranstaltungen und Konzepte wie die „Nacht der Jugend“ im Bremer Rathaus (Stein/Beutel 2009) am 9. November jeden Jahres als ein durch Demokratieprojekte Jugendlicher partizipativ gestalteter Gedenktag des gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Pogroms haben bis heute Stabilität und lokale Wirksamkeit erreicht. Auch das „Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik“ – das Gründungsdokument der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – formuliert in seiner zweiten These den Zusammenhang zwischen der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands, aktuellen Formen des Rechtsextremismus und der Demokratiepädagogik programmatisch als dauerhafte Herausforderung: „Angesichts der Geschichte, nicht weniger jedoch angesichts gegenwärtiger Entwicklungen und Gefährdungen durch Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Antisemitismus, wird deutlich, dass die Demokratisierung von Staat und Verfassung allein nicht genügt, die Demokratie zu erhalten und mit Leben zu erfüllen. Dazu bedarf es vielmehr der Verankerung der Demokratie nicht nur als Verfassungsanspruch und Regierungsform, sondern als Gesellschaftsform und als Lebensform“ (Magdeburger Manifest 2014, S. 6). Auch der jüngste Beschluss der KMK vom Dezember 2014 zur „Erinnerungskultur in der Schule“ greift das Verhältnis von historischem Lernen aus v. a. der nationalsozialistischen Katastrophe mit der Weiterentwicklung und Pflege der Demokratie auf, wenn es heißt: „Die Geschichte bietet vielfältige ‚Anlässe‘ für eine historisch-politische Bildung, die sich mit den unterschiedlichen Traditionen der Kämpfe um Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie durch kultursensibles und multiperspektivisches Erinnern auseinandersetzt.“ (KMK 2014, S. 4)

Und dennoch, die hier nur skizzenhaft gezeichnete Gegenwartslage der Demokratie und die darin liegenden Gefährdungen durch Elemente gruppenbezoge-

ner Menschenfeindlichkeit wie z. B., Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und eine neue Rechte in der Mitte unserer Gesellschaft ebenso wie in verschiedenen jugendkulturellen Erscheinungsformen muss die Pädagogik – gerade auch die Demokratiepädagogik – dauerhaft bewegen, ja erschrecken. Die Bilanz ist zwiespältig und lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Einerseits verzeichnen wir einen demokratischer Aufbruch, der die letzten Jahre geprägt hat, dem aber andererseits antidemokratisch wirksame Kräftefelder gegenüber stehen.

IV. Aufgrund dieser die Demokratie ebenso wie die Demokratiepädagogik fordernden Situation hat das Jahrbuch Demokratiepädagogik in dieser dritten Ausgabe seinen Themenschwerpunkt „Demokratiepädagogik und Rechtsextremismus“ gewählt.

Benno Hafenegger und Tina Dürr beleuchten in ihrem Beitrag *Rechte Jugendkultur – eine neue Erlebniswelt* zunächst die derzeitige Situation rechtsextremer Strömungen innerhalb der Welt der Jugendkulturen. Jugendkulturelle Formen gehören seit den 1990er Jahren zum neuen Erscheinungsbild des sich ausdifferenzierenden rechtsextremen Lagers. Dabei führt die jugendkulturelle Szene ein Eigenleben und ist zugleich mit der organisierten Rechten verbunden. Rechte Jugendkultur in Deutschland ist dabei auch stabile Jugendkultur. Hafenegger und Dürr umreißen Merkmale und Erscheinungsformen, vor allem aber geben sie eine lebendige Anschauung vom Verlauf jugendkultureller Identitäten an einem Beispiel, das aus der Beratungspraxis des „beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ stammt. Information und Sensibilisierung, erweiterte Handlungskompetenzen und Souveränität sowie Vernetzung und Kooperation sind die entscheidenden Bestandteile erfolgreichen Handelns gegen Rechtsextremismus.

Der Beitrag von Roland Roth stellt die Frage, weshalb trotz zahlreicher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Initiativen eine sichtbare Zurückdrängung sowohl der organisierten Rechten als auch der verbreiteten rechtsextremen Einstellungen, insbesondere auch in jugendkulturellen Welten, bislang nicht erreicht wurde. Bei der Suche nach entsprechenden Antworten richtet er den Blick auf die Ursachen des Rechtsextremismus und auf die sichtbaren Grenzen der Gegenprogramme. Dabei wird deutlich, dass erst eine sozial gerechte politische Regulierung der Globalisierungsprozesse, die auf die Vermeidung von Opfergruppen, abgehängten Regionen und existenziellen Ängsten zielt, Ursachen aufgreifen und minimieren könnte, die letztlich rechtsextremen Orientierungen zuarbeiten. Da eine solche politische Regulierung derzeit kaum in Sicht ist, rechnet Roth damit, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus deshalb auf lange Zeit zur Daueraufgabe wird: „*Demokratie? Nein Danke!*“ *Herausforderungen für eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus.*

Dass der neuere Rechtsextremismus inzwischen auf eine – möglicherweise unge-  
wollte, gleichwohl tradierte – Zuarbeit der demokratischen Politik setzen konnte,

bringt Christa Kaletsch in Erinnerung. Sie betont, wie bedeutsam es ist, in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus den Fokus auf die Themen Flucht und Migration zu legen und die Wechselwirkungen der Diskurse der sogenannten Mitte der Gesellschaft und der extremen Rechten zu beachten. Exemplarisch zeigt sie das auf am sogenannten Asylkompromiss der politischen Mitte im Deutschen Bundestag von 1992 in Bezug auf die rassistischen Anschläge von Rostock, Mölln und Solingen aus derselben Zeit. Die zeitgenaue Rekonstruktion der Ereignisse zeigt eine aus heutiger Sicht erschreckend aktuelle und mehrfach fatale Nähe des politischen Entscheidungsprozesses zu der bedrohungs- und todbringenden Grenzüberschreitung der Rechtsextremen in Rostock und Mölln und belegt überdies, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist. Vielmehr müssen die Gesellschaft als Ganzes und damit alle am Bildungsprozess beteiligten Menschen Verantwortung übernehmen: *Rassistische Diskurse in der Mitte der Gesellschaft als pädagogische Herausforderung.*

Stephan Dierbach diskutiert das Problem, dass sich im Hinblick auf das virulente Phänomen der rechten Gewalt in Deutschland mit der damit verbundenen Ursachendiagnostik zentrale Anerkennungsdefizite hinsichtlich der politischen Dimension dieser Taten ergeben. Strategien gegen Rechtsextremismus werden vor allem als pädagogische Intervention im Jugendbereich konzipiert. Ansätze zur Vermittlung sozialer Kompetenzen in der frühen Kindheit werden als Prävention von Fremdenfeindlichkeit ausgewiesen. Die Strategie der Infantilisierung im Diskurs über rechte Gewalt besteht in der Hauptsache darin, das Bewusstsein der handelnden Subjekte entwicklungspsychologisch zu demontieren, indem ihnen durch die Zuordnung zu einer Altersklasse die politische Urteilsfähigkeit abgesprochen wird. Mit dieser Pädagogisierung entsteht zugleich die akute Gefahr, dass im Diskurs über den militanten Rechtsextremismus die Rolle der Ideologie als Motivation der handelnden Rechtsextremisten ausgeblendet wird. Deshalb plädiert der Autor dafür, rechte Gewalt als Ausdruck einer entsprechenden Gesinnung zu deuten und nicht als unpolitische Jugendgewalt zu verharmlosen: *Jenseits von Motiv und Ziel? – Das Risiko einer Infantilisierung politischer Subjektivität im Diskurs über rechte Gewalt.*

Musik zählt zu den wichtigsten rechtsextremen Propagandamitteln. Sie dient aber nicht nur als Lockmittel für neue Anhänger, sondern auch als Kitt, der die Szene zusammenhält. Markus Gloe skizziert die aktuelle und erschreckend „vielfältige“ Szene, und er berichtet von ihren Ursprüngen und ihrer Entwicklung. Die „typischen“ Genres und ihre Besonderheiten werden vorgestellt. Zentrale Inhalte der mit den Texten verbundenen Ideologie werden angesprochen und erläutert. Der Beitrag thematisiert zudem die Verbreitung und die Funktionen rechter Musik. Dabei wird analysiert, wer rechte Musik hört. Mit einer Reihe von Argumenten für eine intensive Auseinandersetzung mit rechter Musik schließt dieser informative Beitrag: *Rechte Musik – Szenekitt und Lockmittel.*



Marina Chernivsky skizziert den aktuellen Diskurs zur pädagogischen und kultursoziologischen Kategorie der „Vielfalt“. Sie wählt dabei die Anti-Bias-Perspektive. Der damit verbundene pädagogische Interventions-Ansatz zielt darauf, für Diskriminierungen zu sensibilisieren, die dabei tätigen Mechanismen und Funktionsweisen auf subjektiver und auf gesellschaftlicher Ebene zu reflektieren und die eigenen Perspektiven, Handlungsweisen und Positionen selbstkritisch zu bedenken. Die Anti-Bias-Arbeit wird am Beispiel der Erfahrungen eines Kooperationsprojekts der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) dargestellt, das seit 2007 mit Erfolg arbeitet: *Vielfalt – Quo Vadis? Anti-Bias-Perspektive auf den Umgang mit Vielfalt und Diversität*.

V. Die Beiträge im Forum greifen erneut unterschiedliche demokratiepädagogisch bedeutsame Fragen und Themen auf. Sie fokussieren aktuelle Probleme der Schulentwicklung und der Lehrerbildung, sie nehmen Stellung, entwickeln Perspektiven und setzen Impulse für weitergehende Diskussionen: Der Umgang mit Gedenkstätten, mit Jugendbegegnungen, mit der Elternpartizipation sowie erneut das Verhältnis von Demokratiepädagogik und Politikdidaktik sind Stichworte für einen breiten Diskurs, der in diesen Beiträgen entfaltet wird.

Janine Patz erlaubt sich eine provozierende Charakterisierung der Lage von Demokratieverziehung zwischen Schule und Jugendarbeit. Aus langjähriger Erfahrung in der pädagogischen Arbeit mit Schulen und in Quartieren in belasteten Sozialräumen kritisiert sie die normbildende Kraft der verbreiteten extremismustheoretischen Sicht auf menschenrechts- und demokratiefeindliche Einstellungen sowie die etatistische Perspektive in Blick auf die Demokratie, die aus ihrer Sicht in Schulen und pädagogischen Einrichtungen vorherrschend ist. Ihre These ist infolgedessen, dass die auf Ungleichwertigkeitsvorstellung fußenden antidemokratischen Entwicklungen und dahinterstehenden Motivationen nicht nur ein Phänomen sind, das die Gesellschaft intensiver prägt, als es ein solcher Blick zulässt. Vielmehr bleiben diese antidemokratischen Potenziale im schulischen Alltag zu oft unerkannt und sind dabei doch in stärkerem Maße vorhanden, als sich dies Pädagogik und politische Bildung eingestehen wollen: *Demokratie braucht Schule. Eine Provokation*.

Themen und erwünschte Wirkungsweisen der Internationalen Jugendarbeit unterliegen einem zeitlichen Wandel und sind an aktuellen Trends orientiert. Gegenwärtig wird kritisiert, dass die Internationale Jugendarbeit ihr demokratiepädagogisches und rassismussensibles Potenzial zu selten nutzt. Dabei belegen jüngere Untersuchungen einen nachhaltigen Einfluss von Austauschmaßnahmen auf die Entwicklung junger Menschen, insbesondere im Bereich interkulturelle Kompetenzen. In Rückgriff auf aktuelle Diskurse in der Forschung zum „Antiziganismus“ folgert Juliane Niklas, dass gerade in der internationalen Begegnungsarbeit vermieden werden muss, einem essentialistischen Kulturverständnis und somit potenziell der Vorurteilsbildung Vorschub zu leisten. Deshalb sollte dort



verstärkt auf Übungen aus Antirassismustrainings zurückgegriffen werden statt auf diejenigen aus klassischen interkulturellen Trainings: *Alle anders – alle gleich. Plädoyer für einen kritischen Umgang mit dem Kulturbegriff in internationalen Jugendbegegnungen.*

Peter Steinbach bezieht seine Darstellung pädagogischer Arbeit an Gedenkstätten exemplarisch auf aktuelle Entwicklungen und Diskurse in Baden-Württemberg. Ausgehend von der Beobachtung, dass gegenwärtig im Fächerkanon der Schule die Geschichte in ihrer Bedeutung abnimmt, während die Arbeit an außerschulischen Lernorten sichtbar steigt, wird deutlich, dass Gedenkstättenarbeit, die auf selbstkritische Reflexion und damit auf Handlungsorientierung gerichtet ist, einen festen Platz im Arbeitsplan der Schule erhalten muss. Am Beispiel der mehr als siebenzig ausgewiesenen Gedenkstätten an die Verbrechen der NS-Zeit alleine in Baden-Württemberg wird ein immenses Potenzial erfahrungsgesättigter Lern- und Projektgestaltungsmöglichkeiten sichtbar. Der Autor weist allerdings nicht alleine auf das Lernpotenzial dieser von ihm so genannten „schwarzen Gedenkstätten“, sondern auch auf das der entsprechenden „weißen Gedenkstätten“ hin. Gemeint sind solche, die einen positiven Anknüpfungspunkt demokratisch gehaltvoller Geschichtserfahrung möglich machen, wie etwa die Gedenkorte zur demokratischen Revolution der 1848er-Jahre in Rastatt oder auch zur demokratiepolitischen Grundierung der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss in Brackenheim und in Stuttgart. Es wird eindrücklich gezeigt, dass Gedenkstätten nicht nur eine vergangene Wirklichkeit bespiegeln, sondern durch ihr Zeugnis einer geschichtspolitischen Selbstbehauptung im Nachdenken über Vergangenheit auch gegenwärtige Positionen und möglicherweise sogar das eigene Verhalten reflektieren helfen: *Gedenkstätten in Baden-Württemberg – Einladung zur kritischen Selbstreflexion.*

Dass die Schulleitung eine große Bedeutung für die Qualität von Schulen und für deren institutionelle und unterrichtsbezogene Entwicklung hat, wird kaum bestritten. Auch für die Schulaufsicht gilt, dass sie sehr wichtige Aufgaben als Impulsgeber, als Begleiter und Unterstützer für die demokratiepädagogische Weiterentwicklung von Schulen und Unterricht wahrnehmen kann, in dieser Funktion bisher jedoch eher als „schlafender Riese“ bezeichnet werden muss. Gernod Röken arbeitet in seinem Beitrag deren Potenziale zur Förderung demokratischer Schulqualität heraus und betont ihre Möglichkeiten, demokratisch-partizipative Schulentwicklung und Demokratie-Lernen als schulische Querschnittsaufgabe anzuregen und institutionell zu verankern: *Demokratiepädagogik, demokratisch-partizipative Schulentwicklung und Schulaufsicht – ein Spannungsfeld?*

Auch Eltern spielen für die demokratische Qualität von Schule und für den Bildungserfolg der Kinder eine große Rolle. Diese Rolle der Eltern unter einer demokratiepädagogischen Perspektive zu betrachten, die Realität der elterlichen Teilhabe in der Schule kritisch zu beleuchten sowie ausgewählte Handlungsansätze

ze zur Verbesserung der Situation aus einem an Bildungsgerechtigkeit orientierten Blickwinkel zu diskutieren – dieser Aufgabe stellt sich Susanne Frank. Es wird klar, dass es – ebenso wie bei den Schülerinnen und Schülern – hierbei eines strukturierten Zugangs zur Heterogenität der Elternschaft bedarf, weil eine nivellierende Praxis der Elternpartizipation kaum demokratiepädagogischen Erwartungen entsprechen kann: *Teilhabe von Eltern in der Schule*.

Werner Friedrichs und Dirk Lange greifen erneut das Spannungsfeld zwischen der Fachdidaktik politischer Bildung und der Demokratiepädagogik auf. Erscheint aus der Sicht der Politikdidaktik eine Demokratiepädagogik als ein allgemeinpädagogischer Überbau, der das fachliche Proprium nicht ersetzen kann, so verharnt aus der Perspektive der Demokratiepädagogik eine Politikdidaktik, die sich ausschließlich an politikwissenschaftliche Fachkonzepte hält, an den Grenzen eines abbilddidaktischen Zugriffs. Ausgehend von neueren demokratietheoretischen Überlegungen vermessen die Autoren das Feld zwischen Demokratie, Politik und Bildung neu, um das daraus erwachsende vielfältige Anforderungsprofil an die politische Bildung vorzustellen: *Demokratie, Demokratiepädagogik und Politikdidaktik*.

VI. Die Beiträge zur Abteilung „Praxis“ beschreiben innovative Projekte aus der Schule, analysieren das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, diskutieren handlungsnahen Umgangsmöglichkeiten mit rechtsextremer Internetpropaganda, greifen rechte Stammtischparolen sowie zugehörige Interventionsmöglichkeiten auf und diskutieren Rassismus in Schule und Hochschule.

Dem Rechtsextremismus hat das Internet enormen Auftrieb beschert. Schon seit Mitte der 1990er-Jahre dient es als Propagandaplattform und hat szenintern und international dadurch eine wichtige Vernetzungsfunktion übernommen. Da zudem zunehmend mehr Kinder und Jugendliche das Internet nutzen, hat die Rechte damit ungewollt ein ideales Medium, um immer jüngere Heranwachsende anzusprechen und für rechtsextreme Ideen zu ködern. Doch wie gehen diese „modernen Nazis“ vor? Mit welchen erlebnis- und jugendkulturell orientierten Angeboten, lebensnahen Themen und sonstigen Verheißungen versuchen sie, junge Menschen über das Netz zu beeinflussen? Und was kann diesen Bestrebungen entgegengesetzt werden? Diese Fragen werden von Stefan Glaser und Christiane Schneider unter Mitarbeit von Sonja Rumberger an Beispielen aus der Arbeit von jugendschutz.net erörtert: *Viraler Hass – Wie Neonazis Jugendliche im Internet ködern*.

Nicht nur an Stammtischen wird rechtspopulistisches und rechtsextremes Gedankengut verbreitet, sondern an vielen weiteren Orten und in verschiedensten Situationen. Selbstverständlich ist auch die Schule nicht vor solchen Parolen gefeit. Damit Lehrkräfte bei rechtsextremem Gedankengut, das aufgrund von vereinfachenden und pauschalisierenden Parolen zunächst schlüssig wirken kann, nicht sprachlos bleiben, können Argumentationshilfen dazu beitragen, gegen

diese Parolen anzugehen. Wolfgang Benz und Volker Reinhardt betrachten die dazu vorhandene Literatur und erörtern an einigen der in der rechtsextremen Ideologie verwendeten Schlüsselbegriffe deren ideologischen Gehalt. Zugleich geben sie informationsvertiefende Literaturhinweise und versuchen so, eine auch unterrichtlich nutzbare Handlungs- und Argumentationsstrategie praxisnah zu entfalten: *Gegen rechte Stammtischparolen argumentieren lernen*.

Die besonderen Stärken einer europäischen Bildungsarbeit zum Ersten Weltkrieg liegen nicht alleine in der Wissensvermittlung über ein für heutige Generationen eher fernes historisches Ereignis. Sie liegen eher in der Chance zur Verständigung über die brutale Gewalt einer zum Krieg eskalierten unkontrollierten Außenpolitik. Dafür muss man sich die Unterschiedlichkeit der jeweils nationalen Erinnerungskulturen zum Ersten Weltkrieg vergegenwärtigen. So verweisen die entsprechenden Gedenktage in den Ländern Europas auf ganz unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen und Narrative. Sven Tetzlaff berichtet vom HistoryCampus 14|14 aus dem europäischen Schülerbegegnungsprogramm mehrerer Stiftungen zusammen mit der BpB und schildert Eckpunkte eines europäischen Geschichtslernens für Aufklärung und Demokratie: *Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – Chance für die historisch-politische Bildung*.

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist eine europäische Jugendinitiative, die 1988 in Belgien entstanden ist und sich seit 1995 mit zunehmender Resonanz auch in Deutschland verbreitet. Ihr Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen einen Rahmen zu bieten, in dem sie Schritte zur gesellschaftspolitischen Partizipation einüben und aktiv an der inhaltlichen Ausgestaltung der Menschenrechtserziehung an ihrer Schule teilnehmen können. Das inzwischen mit einer ausdifferenzierten und landesspezifischen Infrastruktur arbeitende Projekt sieht sich als bundesweit eines der größten Schulnetzwerke und will weit mehr, als punktuell ein themenbezogenes Gütesiegel zu verleihen. Karin Schreiberis, Landeskoordinatorin des Programms in Thüringen, zeigt in ihrem Beitrag sowohl Motive als auch mögliche Effekte sowie Anknüpfungspunkte für Schulen auf, die sich diesem Netzwerk verpflichten möchten: *Der Titel ist nur der Anfang. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Ein Mosaikstein im Bild der Demokratie*.

Ein weiteres Netzwerk – zur Anti-Rassismus-Arbeit – möchte dazu beitragen, institutioneninhärenten Rassismus vor allem in der Schule aufzudecken, den beteiligten Akteuren bewusst zu machen und dadurch in seiner Wirkung zu begrenzen. An zwei schulbezogenen Beispielen werden Handlungskontexte und mögliche Folgen des meist kaum reflektierten, den Strukturen der Institution Schule inwohnenden Rassismus – so die These der Autorinnen – aufgezeigt. Insbesondere die Nutzung begrifflich etablierter Schemata in Aufgaben, Prüfungsarbeiten und Schulbüchern zeigt nach Auffassung der Autorinnen Ines Fögen und Anh Ngo exemplarisch die institutionell verankerten Abwehrmomente, die im Bildungswesen tradiert sind. Die beiden Autorinnen folgern, dass demokratiepädagogisch

orientierte Schulen ihre Handlungspraxis im Umgang mit rassistisch diskriminierenden Bildungsinhalten ins Zentrum ihrer selbstkritischen Aufmerksamkeit rücken müssen: *Schule in der post-kolonialen Migrationsgesellschaft. Von der Notwendigkeit rassismuskritischer Reflexion schulischen Handelns.*

Die Hochschulen als Orte der Aufklärung, der wissenschaftlichen Reflexion und des kritischen Geistes sind – so gemeinhin der Gedanke – gegen Vorurteile, Antisemitismus und rechte Gesinnung gefeit. Sie sind nach aller gesellschaftlicher und kultureller Wahrnehmung sicherlich nicht der erste Ort für populistische Ideologien und strukturell ausgrenzende Haltungen. Wenn man aber etwas tiefer in den Milieus der Universitäten gräbt, kann doch ein Erschrecken entstehen. So hat der Osnabrücker Erziehungswissenschaftler Wassilis Kassis in einer Studie zu politischen Einstellungen und Vorurteilen von Studierenden aus Osnabrück und aus einer Hochschule in Victoria/Kanada Daten erhoben und ausgewertet, die zur Vorsicht mahnen. Es wird eine deutliche Ausprägung antisemitischer und islamfeindlicher Einstellungen sichtbar. Mario Förster hat den Forscher interviewt: *Rassismus als Thema in der Hochschulausbildung – Wassilis Kassis im Gespräch.*

Erneut bewährt sich der Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ als Suchinstrument für gute Praxiserfahrungen und entwicklungsfähige Projekte der Demokratiepädagogik schwerpunktmäßig im allgemeinbildenden Schulwesen, aber auch in der Jugendarbeit. In der Ausschreibungsrunde 2012 wurden 235 Projekte dokumentiert, von denen acht der durch ihre Themen und durch ihre Arbeitsformen besonders interessante Projekte von Wolfgang Beutel vorgestellt werden. Das Spektrum geht von einer projektbezogenen auf Subsidiarität und Entwicklungshilfe ausgerichteten Schulpartnerschaftsreise eines pfälzischen Gymnasiums nach Ruanda bis hin zur städtebaulichen Umgestaltung von Anliegerstraßen zweier städtischer Schulen in Düsseldorf. Globale Hilfe und ein entsprechendes Lernen verbindet sich mit lokalpolitischem Engagement: *Demokratiepädagogik in der Praxis – Projekte demokratischen Handelns.*

VII. In der Abteilung Länder und Regionen werden erneut aktuelle Entwicklungen, Tendenzen, Aktivitäten und Initiativen aus der Demokratiepädagogik vorgestellt. Sonja Rumberger berichtet über: *Das Präventionsprojekt „Studientage REX“ – ein Beispiel erfolgreicher Präventionsarbeit in Rheinland-Pfalz.* Diese seit 2009 erfolgreich arbeitende Kooperationsinitiative von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie DeGeDe und DVPB zusammen mit staatlichen Partnern wie Staatskanzlei, Bildungs- und Innenministerium richtet sich an Jugendliche der 9. und 10. Jahrgangsstufen. Der Bericht skizziert die angebotenen Inhalte und Arbeitsformen sowie die Praxishilfen zur Sicherung einer nachhaltigen Wirksamkeit der Intervention. Michael Hammerbacher, Ulrike Kahn und Michael Rump-Räuber berichten über den aktuellen Stand und die Entwicklungen zur: *Demokratiepädagogik in der Allgemeinbildung und der Beruflichen Bildung der Bildungsregion Berlin-Brandenburg.* Skizziert werden Konzepte und Einsatzfel-

der der „Hands“-Curricula, die in Kooperation von American Jewish Comitee und LISUM Berlin-Brandenburg entstanden sind, die Klassenratsinitiative der DeGeDe sowie ein Projekt zur Rechtsextremismusprävention in der beruflichen Bildung. Aufbauend auf Erfahrungen mit Ansätzen der mobilen Beratung in Ostdeutschland wurde in Hessen als einem der ersten westdeutschen Bundesländer ein Beratungsnetzwerk gegründet, damit staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen sich gemeinsam der Aufgabe stellen konnten, wirksame Strategien gegen den Rechtsextremismus zu entwickeln. Helmolt Rademacher beschreibt Angebote, Handlungsformen und erste Ergebnisse: *Das beratungsNetzwerk hessen – Beratung und Intervention gegen Rechtsextremismus*.

Mario Förster und Franziska Schmidtke moderieren und koordinieren das „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus“ der Universität Jena. Seine Aufgabe liegt darin, die Verantwortung der Wissenschaft für grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen sichtbar werden zu lassen, die auf eine Gefährdung der Demokratie als politische Ordnung und als Wertegefüge zielen. Mit der Bündelung der Jenaer Forschungen und Entwicklungsarbeiten zu Rechtsextremismus und zur Prävention gegen demokratie- und menschenrechtsfeindliche Entwicklungen und Haltungen soll deutlich werden, dass die Wissenschaften ebenso wie Politik und Öffentlichkeit wachsam sind sowie auf einschlägige Gefährdungen zu reagieren wissen: *Forschung bündeln und Demokratie vermitteln – Das KOMREX der FSU Jena*.

Sonja Student und Jasmine Gebhard geben einen Erfahrungsbericht vom Aufbau eines Modellschul-Netzwerkes für Kinderrechte im Rhein-Main-Gebiet und in Hessen. Dabei haben zehn Schulen aus dem Rhein-Main-Gebiet erprobt, wie Schulentwicklung für Kinderrechte gelingen kann und übertragbare Qualitätsparameter sowie Praxis-Beispiele geschaffen und dokumentiert werden können: *Bildung für Kinderrechte und Demokratie – vom Modell zum Standard*. Unter dem Motto „liken, teilen, was bewegen – jugendforum rlp“ hatten die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und die Bertelsmann Stiftung im Mai 2012 das landesweit angelegte Beteiligungsprojekt „jugendforum rlp“ für und mit Jugendlichen gestartet. Zu den Ideen und Vorschlägen, die die Jugendlichen dabei entwickelt haben, hat die Landesregierung inzwischen ein ausführliches Feedback gegeben. Dabei konnten zahlreiche Forderungen aufgegriffen und umgesetzt werden. Birger Hartnuß gibt davon eine Anschauung: *Das „jugendforum rlp“. Ein landesweites Beteiligungsprojekt geht in die Verstetigung*.

VIII. In der Abteilung Zivilgesellschaft, Dokumentation und Rezensionen wird über die Verleihung des Hildegard-Hamm-Brücher-Förderpreises für Demokratie lernen und erfahren berichtet. Nebst einer Würdigung des Preisträgerprojektes „Heroes – gegen Morde im Namen der Ehre“ und der Laudatio auf den Preisträger aus der Feder der stellv. Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Grüne, Ekin Deligöz, charakterisieren Christa Goetsch das Schulpreisträger-Projekt „Sie

war nicht so“ der Hamburger Beruflichen Schule BBS H65 und Peter Fauser das Projekt „Doppelte Staatsbürgerschaft“ der Gesamtschule Ost in Bremen mit ihrer Laudatio.

Peter Fauser wurde zudem im Frühjahr 2014 für seine Verdienste um die Stadt Jena und ihre Bildungslandschaft mit dem Eintrag in das „Goldene Buch der Stadt“ geehrt. Wir drucken seine Erwiderung auf diese kommunale Ehrung ab. Im Bereich der Rezensionen spiegelt dieses Jahrbuch zehn für die demokratiepädagogische Debatte, insbesondere im Zusammenhang mit der Rechtsextremismusprävention, einschlägige Publikationen. Mit der Ausschreibung des im Zyklus von 2014\_15 erstmals ausgelobten „Preis für demokratiepädagogische Schulentwicklung“ durch die Dt. Gesellschaft für Demokratiepädagogik schließt dieses Jahrbuch.

IX. Bedanken möchten sich die Herausgeber für die Unterstützung und Betreuung des Jahrbuchs beim Wochenschau-Verlag, ebenso bei den Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge und nicht zuletzt beim gründlichen und verlässlichen Lektorat durch Elisabeth Vogt. Unser Dank gilt auch den öffentlichen und privaten Institutionen, ohne deren finanzielle Förderung das Jahrbuch auch in seiner dritten Folge nicht hätte publiziert werden können. Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Förderung des Wettbewerbs „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ mit den damit verbundenen Praxisbeispielen, auf die sich mehrere Artikel dieser Ausgabe beziehen und einem daraus resultierenden Beitrag zur Finanzierung der Druckkosten. Für einen solchen Beitrag danken wir dem Verein „Praktisches Lernen und interkulturelle Begegnungen – P.L.I.B. e.V.“. Zu danken haben wir der erneuten Förderung der Drucklegung dieses Buches durch einen Zuschuss der Freudenberg-Stiftung in Weinheim und – im Rahmen der Würdigung der demokratiepädagogischen Arbeit von Wolfgang Edelstein – durch die Stiftung Mercator. Schließlich danken wir der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz für ihre Unterstützung bei der Drucklegung dieses Buches, das damit zugleich auch ein Teil der Dokumentation spezifischer Initiativen und Aktivitäten des Landes Rheinland-Pfalz geworden ist. Erneut danken wir zudem allen Pädagoginnen und Pädagogen sowie ihren Schülerinnen und Schülern, die in den angesprochenen Projekten für eine vorbildliche demokratiepädagogische Praxis mit ihrer Arbeit und ihrem Lernen einstehen. Demokratiepädagogik – auch das ist eine ihrer Grundlagen – ist ohne die Anschauung und Dokumentation innovativer Praxis konzeptionell nicht zu entwickeln.

Weil in dieser praxisbezogenen demokratischen Schulentwicklung der Kern einer bürgerschaftlichen Innovationskultur für das Lernen und die pädagogischen Institutionen liegt, wünschen wir dieser dritten Folge des „Jahrbuchs Demokratiepädagogik“ die interessierte, offene und kritische Leserschaft, derer es zur konstruktiven Weiterentwicklung und zur Verwirklichung des Ziels demokratischer Schulverhältnisse und einer adäquaten Lernkultur bedarf.

## Literatur

- Beutel, W./Reinhardt, V. (Hrsg.) (2014): Demokratiepädagogik. Wochenschau-Sonderausgabe, 65. Jg. Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.
- Jörke, D. (2014): Theorien der Demokratie. In: Beutel/Reinhardt, S. 10-15.
- KMK (2014): Erinnern für die Zukunft. Beschluss der KMK vom 11.12.2014. Bonn.
- Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik. In: Beutel/Reinhardt (2014), S. 6-7.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München.
- Roth, R. (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft: Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, A./Kern, K./Geißel, B./Berger, M. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital: Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden, S. 41-64.
- Stein, H.-W./Beutel, W. (2009): „Forschendes Lernen“ - eine Möglichkeit der Demokratiepädagogik. In: Beutel, W./Fauser, P. (Hrsg.): Demokratie, Lernqualität und Schulentwicklung. Schwalbach/Ts., S. 151-175.
- Walter, F. (2009): Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld.
- Winkler, H.-A. (2014): Was nicht zerbricht. In: Die ZEIT Nr. 41 v. 1.10.2014, S. 8.
- Zick, A./Klein, A. (2014): Fragile Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Mit Beiträgen von Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn.